

**Antrag 122/II/2025****KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Mit Sicherheit sicher – Sicherheitsgewerbe enger Überprüfen**

1 Die SPD-Fraktion im deutschen Bundestag und die SPD-  
 2 Mitglieder in der Bundesregierung sowie die SPD-Fraktion  
 3 im Abgeordnetenhaus und die Mitglieder der Landesre-  
 4 gierung des Landes Berlin werden aufgefordert sich da-  
 5 für einzusetzen, dass die Aufsicht über das private Si-  
 6 cherheitsgewerbe und das Personal von Sicherheitsunter-  
 7 nehmen aufgrund der sicherheitsempfindlichen Tätigkei-  
 8 ten strenger wahrgenommen und umfassender kontrol-  
 9 liert wird. Weiterhin soll auf eine strengere Regelung der  
 10 Verordnung über das Bewachungsgewerbe (BewachV) so-  
 11 wie eine Erweiterung der Richtlinien über das Strafverfah-  
 12 ren und das Bußgeldverfahren (RiStBV) und eine Evalua-  
 13 tion der Regeln für die Ausschreibung von offenen über  
 14 die Bundesagentur für Arbeit hingewirkt werden. Auch  
 15 strengere Vergaberichtlinien für Aufträge der öffentlichen  
 16 Hand sind ein zwingendes Instrument.

17  
 18 Dies umfasst insbesondere die folgenden Maßnahmen:

- 19 • Neuregelung des § 2 BewachV durch Streichung des  
 20 Satzteiles „wenn der Tatvorwurf geeignet ist, Zwei-  
 21 fel an der Zuverlässigkeit hervorzurufen“ und Ein-  
 22 führung einer generellen Mitteilungspflicht bei den  
 23 katalogartig aufgeführten Entscheidungen gem. § 2  
 24 Nr. 1–4. BewachV für Staatsanwaltschaften und Ge-  
 25 richte,
- 26 • Neuregelung des § 2 BewachV durch Einführung  
 27 eines neuen Absatzes zur zeitnahen Mitteilungs-  
 28 pflicht von Nachrichtendiensten des Bundes und der  
 29 Länder gegenüber der zuständigen Behörde im Sin-  
 30 ne des § 1 BewachV bei Erkenntnissen über extre-  
 31 mistisches Verhalten oder Wirken von „Gewerbe-  
 32 treibenden im Sinne des § 34a Absatz 1 Satz 1 der  
 33 Gewerbeordnung, von mit der Leitung des Betriebs  
 34 oder einer Zweigniederlassung beauftragten Perso-  
 35 nen im Sinne des § 34a Absatz 1a Satz 3 der Gewerbe-  
 36 ordnung und von Wachpersonen im Sinne § 34a Ab-  
 37 satz 1a Satz 1 der Gewerbeordnung“, wenn dies ohne  
 38 Gefährdung des gesetzlichen Auftrages möglich ist,
- 39 • Führung einer zentralen Liste beim Bundesministe-  
 40 rium des Innern (BMI) analog zur Staatenliste des  
 41 BMI über Sicherheitsunternehmen bei denen Er-  
 42 kenntnisse zu Extremismus oder Straftaten sowie  
 43 nachrichtendienstlichen Tätigkeiten vorliegen,
- 44 • Neuregelung des § 16 BewachV und damit verbun-  
 45 den die Einführung einer umfassenden und zwin-  
 46 genden Pflicht zur Mitteilung des Gewerbetreibenden  
 47 bei Kenntniserlangung über Straftaten und/

- oder extremistisches Verhalten durch Mitarbeitende des Sicherheitsunternehmens,
- Einführung von zentralen digitalen Registern entlang der Regelungen der DSGVO und behördlicher Vorgaben über Personen zu denen Erkenntnisse nach § 2 BewachV vorliegen,
  - Neuregelung des § 16 BewachV durch Einführung einer Abfrage zu einer Mitgliedschaft in oder Kontakten zu verfassungsfeindlichen Organisationen sowie Kontakten zu ausländischen Nachrichtendiensten, die auf einen Anbahnungs- oder Werbungsversuch hindeuten könnten sowie auch zu Mitgliedschaften und Kontakten in extremistischen Gruppierungen im Sinne des VerfSchG des Bundes und der Länder analog zur Sicherheitsüberprüfung nach dem SÜG,
  - Stärkung des Bewacherregisters (BWR) und Implementierung unmittelbarer Schnittstellen für Sicherheitsbehörden sowie Schaffung eines „Alarms“ in Form einer Notifikation bei der Einstellung neuer Erkenntnisse,
  - grundsätzlicher Ausschluss von staatlichen Aufträgen für Sicherheitsunternehmen mit Beschäftigten mit Verbindungen zur extremistischen Szene (Verfassungstreue), zwingender Stopp von Vermittlungsangeboten und Ausschreibungen über die Bundesagentur für Arbeit bei Vorliegen von Erkenntnissen.

#### **Begründung**

Das Sicherheitsgewerbe ist ein essenzieller und sowohl im privaten als auch öffentlichen Sektor oft an sehr sicherheitsempfindlichen Stellen eingesetzter Auftragnehmer, welcher die bedingungslose und unzweifelhafte Zuverlässigkeit sowie die Integrität der Mitarbeitenden jederzeit garantieren muss. Für sicherheitsrelevante Bewachungsaufträge für Liegenschaften und Objekte der öffentlichen Hand müssen sich Sicherheitsunternehmen und deren Mitarbeitenden zweifelsfrei mit diesem Staat und seinen Werten und Gesetzen identifizieren.

Soweit das Sicherheitsgewerbe nicht mehr ausschließlich im privaten Sektor vorzufinden ist, sondern zunehmend oft auch sicherheitsempfindliche Aufgaben im öffentlichen Sektor übernimmt, müssen diese Unternehmen und deren Mitarbeiter sorgfältig ausgewählt werden. Neben den Bestreifungen von Objekten der öffentlichen Hand zählt zunehmend unter anderem auch der Pförtnerdienst und der stationäre/ integrierte Wachschutz zu den Aufgaben der privaten Sicherheitsträger.

Im Ergebnis dieser Entwicklung haben Angehörige des

101 privaten Sicherheitsgewerbes auch weitgehend uneinge-  
102 schränkten Zutritt zu Liegenschaften der Polizeien und  
103 Gerichte sowie Kontrolle über den Zugang von Menschen  
104 zu eben diesen. Bei der Bundeswehr hat das private Si-  
105 cherheitsgewerbe mittlerweile den militärischen Wach-  
106 dienst bis auf wenige Ausnahmen (bspw. den „Offizier  
107 vom Wachdienst“ (OvWa)) nahezu vollständig ersetzt und  
108 damit nahezu unkontrollierte Kontrolle über die Zutritts-  
109 berechtigung von Personen und die Sicherheit von Lie-  
110 genschaften mit besonderer Bedeutung für die deutschen  
111 Sicherheitsinteressen sowie die Sicherheit von militäri-  
112 schem Kriegsmaterial und Munition. Damit einher geht  
113 auch die Sicherheit für die personelle und materielle Ein-  
114 satzbereitschaft der Streitkräfte und den Geheimschutz.

115  
116 Hinzu kam in den vergangenen Jahren, dass das priva-  
117 te Sicherheitsgewerbe zunehmend häufig auch mit der  
118 Bewachung von Unterkünften für geflüchtete und/ oder  
119 vulnerable Menschen oder Personengruppen beauftragt  
120 wurde. Wenngleich hier nicht unmittelbar staatliche Si-  
121 cherheitsinteressen betroffen sind, so haben auch ge-  
122 flüchtete und vulnerable Menschen das uneingeschränk-  
123 te Recht auf Sicherheit und die Garantie, dass keine Perso-  
124 nen mit rechtsextremen Affinitäten und Gesinnungen für  
125 den Schutz ihrer Sicherheit und ihres Wohlergehens Ver-  
126 antwortung tragen.

127  
128 Dennoch kam es in den vergangenen Jahren immer wie-  
129 der zu Erkenntnissen, dass deutschlandweit das private Si-  
130 cherheitsgewerbe immer wieder auch mit Kontakten zum  
131 gewaltbereiten Rechtsextremismus und/ oder Straftaten  
132 auffiel. Selbst die zweifelsfrei erwiesenen engen Verbin-  
133 dungen zum gewaltbereiten Rechtsextremismus schei-  
134 nen dabei oft kein Hindernis für die Beauftragung ent-  
135 sprechender Unternehmen darzustellen.

136  
137 Spätestens im Bereich der Private Military Contractors  
138 (PMC), wie vor einigen Jahren bei dem Sicherheitsunter-  
139 nehmen ASGAARD, muss der Staat schnell und konse-  
140 quent handeln und Verträge aufkündigen sowie erneute  
141 Vergaben unterbinden.

142  
143 In der Konsequenz muss auch die Bundesagentur für Ar-  
144 beit im Hinblick auf das private Sicherheitsgewerbe en-  
145 ger in die Verantwortung genommen werden. Sollten  
146 sich Vorwürfe gegen Sicherheitsunternehmen wie „Dis-  
147 telkam“ oder ASGAARD als zutreffend herausstellen, so  
148 darf die Bundesagentur für Arbeit hier weder Menschen  
149 vermitteln noch für diese Stellenausschreibungen werben  
150 oder gar auf eine Tätigkeitsaufnahme bei solchen Unter-  
151 nehmen hinwirken[7]<sup>1</sup>[8]<sup>2</sup>.

152 Der Staat darf nicht Zuträger für fragwürdige Geschäfts-  
153 modelle oder Gegner dieser Demokratie sein. Dies würde

154 dem Gedanken der wehrhaften Demokratie zuwiderlau-  
155 fen.

156

157 Auf der anderen Seite muss der Staat aber auch dafür Sor-  
158 ge tragen, dass Angehörige des Sicherheitsgewerbes we-  
159 der für die Interessen anderer Staaten noch für andere For-  
160 men des Extremismus agieren. Somit muss sichergestellt  
161 werden, dass Angehörige von Sicherheitsdiensten weder  
162 für extremistische Akteure anwerben noch Oppositionel-  
163 le ausspähen oder sogar für fremde Staaten spionieren.

164

165 Eine engere Kontrolle des Sicherheitsgewerbes ist ein es-  
166 senzieller Schritt zu mehr Sicherheit und Integrität der  
167 deutschen Sicherheitsinteresse sowie der Menschen in  
168 diesem Land.

169

---

<sup>1</sup>#\_ftn7

<sup>2</sup>#\_ftn8